

der CDU einzuführen. (Hört! Hört!) Andreas Gayk, jetzt Oberbürgermeister von Kiel, sagte auf dem Nürnberger Parteitag folgendes:

„Bei uns gibt es Leute, die bereit sind, jeden politischen Leichnam zu konservieren, der dadurch geheiligt worden ist, daß er im Kommunistischen Manifest oder vielleicht im Erfurter Programm einmal erwähnt wurde.“

Was heißt das? Das, was sich die Arbeiterbewegung in hundert Jahren erarbeitet hat, soll im Interesse eines Neorevisionismus, im Interesse der Zusammenarbeit mit der CDU über Bord geworfen werden!

Am 3. März 1848 formulierten Marx und Engels im Anschluß an das Kommunistische Manifest in den Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland folgendes:

„Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt.“

Im Jahre 1885 schrieb Engels zu diesen Forderungen folgendes:

„Aus diesem Dokument kann auch heute mancher noch etwas lernen.“

Wir sind der Meinung: Was Engels 1885 schrieb, gilt auch für das Jahr 1947. (Beifall.)

Indessen blüht in den Ländern der westlichen Besatzungszonen der Länderseparatismus. So gibt es jetzt ein Land Bremen. Dieses Land hat eine sozialdemokratische Mehrheit, und gemeinsam mit den Kommunisten haben die Arbeiter sogar in der Bürgerschaft in Bremen eine Zweidrittelmehrheit. Im Verfassungskampf ging die SPD in diesem neuen Lande zunächst dazu über, einen eigenen, einigermaßen akzeptablen Entwurf für eine Verfassung vorzulegen. Aber sie wich dann Schritt für Schritt vor dem Druck der CDU zurück, akzeptierte die Forderungen der CDU und ließ trotz der großen Anbeitemehrheit in Bremen den sozialdemokratischen Entwurf fallen, ja, die sozialdemokratische Führung verteidigt heute sogar in Bremen die Forderungen der CDU in der Verfassung. Nach diesem Verfassungsentwurf ist nicht das Parlament, sondern der Staatsgerichtshof die höchste Instanz, und das angesichts der Tatsache, daß noch 50 Prozent der Richter Nazis sind! Statt eindeutig das Streikrecht in der Verfassung zu sichern, erklärt sich die SPD in ihrem Entwurf bereit, den Unternehmern das Recht auf Aussperrung zuzugestehen. In der Verfassung gibt es auch kein klares Verbot der Konzerne, kein Verbot nazistischer, militaristischer und rassistischer Propaganda, und die Forderung auf die Einheit Deutschlands wurde zugunsten der Abtretung aller Rechte an die Bizone preisgegeben.